

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Erhält die Europapolitik ein neues Gesicht? Die Stimmung des Westens zwischen Berlin und Genf

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1954) : Erhält die Europapolitik ein neues Gesicht? Die Stimmung des Westens zwischen Berlin und Genf, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 3, pp. 123-129

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131860>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Erhält die Europapolitik ein neues Gesicht?

Die Stimmung des Westens zwischen Berlin und Genf

USA: Die neue Realpolitik

Washington, 11. März
Jeder Versuch, die nächste Zukunft der amerikanischen Außenpolitik zu ergründen, muß von der oft übersehenen Tatsache ausgehen, daß die „Weltpolitik“ der USA. noch ein sehr junges Kind ist. Man kann ihr, wenn man ehrlich sein will, noch nicht viel mehr als ein Backfischalter zugestehen, wieviel Jahre auch immer ihre Vertreter persönlich in die Welt geschaut haben mögen. In zwei Weltkriegen haben die USA. sich in voller Ruhe überlegen können, wann sie in ihn eintreten wollten; im ersten Weltkrieg hatten sie sogar noch die Wahl, ob sie überhaupt einbezogen sein wollten. Zwischen den beiden Weltkriegen gab es einen sehr ernsthaften Rückfall in den Isolationismus — übrigens eine höchst verständliche, um nicht zu sagen die natürlichste Politik für jeden, der im Mittelpunkt eines friedvollen Kontinents wohnt, gesegnet mit fast allen materiellen Reichtümern der Welt.

Nur wer sich die Jugend der amerikanischen Außenpolitik klar macht, ohne daran gefühlsmäßige Betrachtungen zu knüpfen, kann die Schwierigkeiten ermessen, die sich einer diplomatischen Strategie des Präsidenten und seines Außenministers entgegenstellen müssen, die mit einem gefühlsmäßig abgelehnten Gegner wie der Sowjetunion zu tun hat. Vielen Amerikanern ist schon das Bild von Dulles und Molotow am gleichen Tisch „starker Tobak“. Roosevelt, der Stalin als dem Verbündeten freundlich und aufgeschlossen begegnen wollte, wird heute in Nordamerika wegen keiner anderen po-

litischen Haltung so angefeindet wie wegen dieses freundlichen Entgegenkommens. Dulles kann es sich kaum leisten, in die Richtung Molotows zu lächeln, wenn ein Fotograf in der Nähe ist.

Gemessen an dieser Belastung mit Vorurteilen, hat die amerikanische Außenpolitik bereits sehr beträchtliche Fortschritte gemacht. Die Berliner Konferenz kann in diesem Sinne als ein sehr gutes Gesellenstück einer amerikanischen Konferenzführung bewertet werden. Denn zweierlei hat die USA.-Politik in Berlin gezeigt: ihre Fähigkeit, den Westen in der einheitlichen Beurteilung und Behandlung der europäischen Fragen zu führen, ohne zu dominieren, und ihre Begabung, in den asiatischen Fragen dem sowjetischen Verlangen entgegenzukommen, ohne den eigenen Standpunkt aufzugeben. Es war notwendig, mit den Sowjets über Korea und Indochina ins Gespräch zu kommen — und nicht nur mit den Sowjets, sondern auch mit Rotchina. Andererseits mußte der Preis einer Anerkennung Rotchinas unangetastet im amerikanischen Safe gelassen werden, nicht nur, weil die USA.-Öffentlichkeit ihn vorerst nicht herausgeben würde, sondern viel mehr noch, weil man zunächst keine weitere sowjetische Nachgiebigkeit in Asien erwarten kann, nachdem Rotchina von den USA. anerkannt ist. Dulles hat es verstanden, die Vereinbarung zur Genfer Konferenz mit genau festgelegter, auf Korea und Indochina beschränkter Tagesordnung und ohne Anerkennung Rotchinas zu treffen. Er hat den sowjetischen Appetit gerade genug angeregt,

um Moskau mit Erwartungen nach Genf gehen zu lassen, die nicht ohne sehr konkrete Bezahlung zu einem tatsächlich stattfindenden asiatischen Mahle führen können. Falls nicht die USA.-Öffentlichkeit — die gegenwärtig vor allem im republikanischen Lager alle Gefühlsregister gezogen bekommt, um Dulles jegliche Bewegungsfreiheit für Genf zu nehmen — der amerikanischen Außenpolitik schwere Handfesseln anlegt, besteht die Möglichkeit, daß in Genf ein asiatisches Gespräch in Gang kommt, dessen Ergebnis jetzt oder später der ostasiatische Friede und dessen Belohnung die Anerkennung eines Faktums, der kommunistischen Regierung in China, sein könnte.

Wie sich die Weltpolitik dann weiter entwickeln wird, steht heute nicht zur Debatte. Hier gilt es nur, diese Ansätze einer realistischen amerikanischen Außenpolitik aufzuzeigen, nachdem sich in Berlin so wenig Konkretes ergeben hat, daß man ernsthaft an dem ehrlichen Verhandlungswillen beider Seiten zu zweifeln hatte. Was hat nun, nach amerikanischer Ansicht, die Berliner Konferenz für Europa gebracht? Dreierlei:

1. eine nahezu perfekte Demonstration der amerikanisch-britisch-französischen Einigkeit in der Vertretung der westlichen, der freien Lösung. Frankreich vor allem hat diese Demonstration nach Ansicht der USA. sehr genützt und eigentlich noch einmal eine Atempause für französische Unentschlossenheit in Sachen westeuropäischer Einheit gebracht. Es wurde eine einzige westliche Grundkonzeption vertreten, die an den freien Be-

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

stimmungsrechten des deutschen und des österreichischen Volkes keinen Zweifel ließ, nicht etwa eine amerikanische Version dieser Konzeption, der andere im Prinzip oder in Einzelheiten abweichende Auffassungen gegenüberstanden.

2. die Klarstellung, daß Moskau in diesem Zeitpunkt sich von Europa nicht so bedroht fühlt, daß es am status quo und an der voraussichtlichen Entwicklung etwas zu ändern trachten müsse, falls dies höhere Preise erfordert. Man ist in Washington ziemlich einhellig zu der Ansicht gekommen, daß Moskau zwar die EVG. und die NATO. nicht zu akzeptieren bereit ist, jedoch auch nicht willens ist, zur Verhinderung der EVG. oder zur Zerstörung der NATO. einen größeren Aufwand zu treiben.

3. glaubt man, daß Moskau gegenwärtig von einer gewissen Stabilität in Europa überzeugt ist und sich auch seinerseits auf den status quo einrichtet. Das bedeutet für Österreich fortdauernde Besatzung, für Deutschland anhaltende Spaltung, und man ahnt jedenfalls in der USA.-Öffentlichkeit, daß dies eine schwere Belastung für die deutschen und österreichischen Menschen bedeutet, die nicht ohne Rückwirkungen auf deren Einschätzung der USA.-Politik bleiben kann. Was seit den Aufständen des 17. Juni immer deutlicher geworden war, erscheint den Amerikanern nach der Berliner Konferenz und besonders angesichts der sowjetischen Haltung zum Friedensvertrag für Österreich als Gewißheit, daß nämlich die Sowjets keinen Grund sehen, sich die Beendigung der Teilung Deutschlands und den Österreich-Vertrag abkaufen zu lassen, selbst nicht um den Preis der EVG. Man glaubt in Washington, daß sich die Sowjetunion mit der Wiederbewaffnung Deutschlands abgefunden hat und diese nicht noch dadurch für sich selbst gefährlicher machen will, daß man die Wiederbewaffnung auch auf die — freigegebene — Ostzone ausdehnt. Künftige Verhandlungen über Deutschland hält man jedoch in den USA. nicht für ausgeschlossen — allerdings kaum in diesem Jahr; vielleicht wird sich die nächste Möglichkeit erst ergeben, so meinen manche Beobach-

ter, wenn Westdeutschland selbst mit am Verhandlungstisch sitzt.

Welche Konsequenzen zieht man nun in Washington aus dem europäischen Gespräch auf der Berliner Konferenz? Da die Sowjets wohl ein Interesse an einem geschwächten, jedoch keine akute Besorgnis vor einem starken Westeuropa gezeigt haben, sieht man außenpolitisch einen größeren Zeitgewinn für die Europa-Politik. Falls nicht innenpolitisch (Frühjahrsbewilligungen für Verteidigungszwecke, Herbstwahlen 1954) in den USA. ein allzu starker Druck entsteht, glaubt man der Entwicklung in Frankreich mindestens bis zum Sommer zusehen zu können. Erst dann will man sich die Alternativen zur EVG. näher ansehen, von denen man offiziell heute ebensowenig sprechen will wie Präsident Eisenhower auf der Bermuda-Konferenz. Mutmaßlich wird diese Alternative von zwei Seiten her gesucht werden. Einmal wird man die Aussichten für einen deutschen Beitritt zur NATO. erforschen, wobei man glaubt, sich mit einem kleinen deutschen Kontingent zu Beginn vielleicht die Möglichkeit der Überwindung der politischen Widerstände vor allem in Frankreich, aber auch auf dem linken Flügel der britischen Labour-Party zu schaffen. Ein geringer

Umfang eines deutschen NATO.-Kontingents erscheint manchen Kreisen in Washington heute sehr viel weniger alarmierend als noch vor einem Jahre, weil man noch von einer anderen Seite her an das Problem herangeht: die Entwicklung der Atomwaffen gibt den Amerikanern ein größeres Sicherheitsgefühl. Sie glauben, daß ihre Divisionen — an deren Verminderung man mehr und mehr interessiert ist — nicht unbedingt und ausschließlich durch deutsche oder andere europäische Divisionen abgelöst zu werden brauchen, wenn man in wachsendem Maße Atombomben und Atomkanonen in Europa ansammeln kann.

Es steckt etwas Gefährliches in diesem neuen amerikanischen Atom-Denken, wie sich jeder Augenzeuge der Zerstörungen des letzten Krieges auch schon vor Hiroshima sagen kann. Es wird jedoch vielleicht in den nächsten Monaten dazu beitragen können, daß die Amerikaner Europa ein wenig mehr Zeit bei der Lösung seiner eigenen Probleme lassen können — was vielleicht die unerwartete Wirkung haben könnte, die Franzosen aus freien Stücken rasch der europäischen Lösung näherzubringen, die sie unter Druck aus Washington immer hartnäckiger bekämpfen. (er)

GROSSBRITANNIEN: Militärische Bereitschaft fortsetzen!

London, 12. März

So nutzlos und enttäuschend die Wortgefechte auf der Berliner Konferenz den direkt Beteiligten auch erschienen, ist man in London im Grunde über das Fehlen greifbarer Resultate der Verhandlungen über Deutschland und Österreich nicht allzu verstimmt. Die Sowjet-Vertreter haben ihren Standpunkt, besonders zum österreichischen Staatsvertrag, deutlicher machen müssen, als ihnen vielleicht angenehm war, und haben dadurch klare Verhältnisse geschaffen. Klarheit bedeutet in der Diplomatie oft Starrheit und wird deshalb manchmal besser vermieden. Die Klarheit der Lage nach der Berliner Konferenz hat gewiß den Hoffnungen auf eine mögliche Schwenkung der russischen Außenpolitik seit Stalins Tod ein jähes Ende bereitet. Es

gibt kaum noch jemand in England, der da glaubte, ein Treffen der Regierungschefs könnte an dieser Tatsache etwas ändern, auch wenn Sir Winston Churchill die Möglichkeit einer solchen Zusammenkunft im Auge behält. Andererseits glaubt aber auch kaum jemand, daß das Scheitern der Berliner Konferenz wirklichen Schaden angebracht hätte. Die Formen wurden gewahrt. Die westliche Front blieb geeint. Die persönliche Fühlungnahme in geschlossener Sitzung zeigte, daß Verhandlungen möglich sind. Und das ist wichtig, weil frühere Ost-West-Konferenzen die Methode des persönlichen Kontakts zwischen Regierungsmitgliedern in Mißkredit gebracht hatten.

Die öffentliche Diskussion über die Berliner Konferenz in England hat ein weites Maß von Überein-

stimmung der Ansichten von der äußersten Rechten bis zur mittleren Linken gebracht, wie sich nicht nur in den außenpolitischen Unterhausberatungen, sondern mehr noch in der Verteidigungsdebatte zeigte. Niemand freut sich über die hohen Rüstungsausgaben oder die zweijährige Dienstpflicht; aber auch die Labour-Opposition, die sonst ihre parlamentarische Pflicht des Opponierens ernst nimmt, konnte kaum Argumente für irgendwelche Abstriche vorbringen. Die meisten Labour-Abgeordneten haben sich auch mit der Beteiligung der Bundesrepublik an EVG und NATO abgefunden, nicht weil es ihnen an Argumenten gegen eine solche Beteiligung fehlt, sondern weil sie sie trotz aller Bedenken als das zur Zeit kleinere Übel betrachten. Die Politik der militärischen Bereitschaft, das wird allgemein anerkannt, muß fortgeführt werden.

Das schließt aber keineswegs aus, daß man, und zwar gleichzeitig, alle Möglichkeiten zur Besserung der internationalen Atmosphäre wahrnimmt. Eine Alternative zur EVG gibt es nach britischer Ansicht zur Zeit nicht. Aber gerade weil allen westlichen Nationen große persönliche und materielle Opfer für ihre gemeinsame Verteidigung zugemutet werden, muß man nach britischer Auffassung alles nur Erdenkliche tun, um einen Weltkonflikt zu verhüten. Ein kalter Krieg, so unangenehm und kostspielig er auch ist, ist letzten Endes einem dritten Weltkrieg bei weitem vorzuziehen. Daß sich Deutschland dabei in einer besonders unangenehmen Lage befindet, verkennt man in London keineswegs. Auch in amtlichen Kreisen würde man eine Ausdehnung des Ost-West-Handels begrüßen, nicht nur in quantitativer Hinsicht, sondern auch durch großzügigere Handhabung des Handelsverbots für strategische Waren und durch persönliche Fühlungnahme

von westlichen Geschäftsleuten im Osten. Den Handel mit China könnte und sollte man nach britischer Auffassung ebenfalls soweit wie nur irgend möglich ausdehnen, sobald der Korea-Konflikt aus der Welt geschafft ist. Die Aussicht auf verstärkten Handel mit dem Westen, so glaubt man in London, würde Peking noch am ehesten zu einer Überprüfung seiner Außenpolitik veranlassen.

Das nächste wichtige internationale Ereignis ist die in Berlin vereinbarte Genfer Asien-Konferenz, auf der sich Vertreter der USA und Rot-Chinas zum ersten Mal gegenüber sitzen werden. Ohne große Erwartungen zu hegen, be-

trachtet man in England diese Konferenz als eine Fortsetzung der Berliner Klärungsbemühungen, mit dem Unterschied, daß Großbritannien an diesem Gebiet politisch weniger, aber dafür wirtschaftlich stärker interessiert ist als an Mittel- und Osteuropa. Sollte Peking auf der Genfer Konferenz mehr wirkliche Verhandlungsbereitschaft zeigen als Moskau in Berlin, so würde das auch für weitere Europa-Verhandlungen neue Möglichkeiten schaffen. Auf alle Fälle sollte die Genfer Konferenz zu einer weiteren Klärung der Meinungen und Tatbestände und damit zu der so notwendigen Überprüfung politischer Positionen führen. (A.)

NIEDERLANDE: Streit um neues Make-up

Den Haag, 14. März

Es gibt im Leben, und vor allem in der Politik, Dinge, die auf Grund ihrer Konsequenzen in den Schrank der bösen Taten gehören, obwohl sie in dem Augenblick, da sie begangen wurden, als richtig und sogar als unumgänglich angesehen wurden. Es hat aber wenig Sinn, heute erneut alle jene Umstände einer Betrachtung zu unterziehen, die der Sowjetunion zu ihrer jetzigen Machtposition verholfen haben. Die Zauberlehrlinge von Yalta bis Potsdam konnten wohl nicht anders handeln, als sie es damals und später getan haben. Vor allen Dingen haben sie das auch nicht gewollt. Aber die Sowjetunion hat nun einmal ihre Machtposition inne, und das muß als Faktum hingenommen werden. Die Stellungnahme eines kleinen Landes, das durch die reibungslose Zusammenarbeit ehemaliger Alliierten und seiner „progressiven“ Regierer seine überseeischen Gebiete — die schon lange keine Kolonien mehr waren — weitgehend verloren hat, kann hinsichtlich des nachberlinischen Katers nicht maß-

geblich sein, sondern höchstens eine auf alter Erfahrung in der Weltpolitik beruhende Analyse bieten.

Der „Fürst der niederländischen Dichter“, Joost van den Vondel (1587 — 1679), hat einmal gesungen: „Ein Krieger gewinnt schon viel / Wenn er nur Zeit gewinnt.“ Die heutige Lage Europas sollte in diesem Licht gesehen werden, wobei es deutlich sein dürfte, wer dieser Krieger ist, der Zeit gewinnen will.

In diesem Lande, in dem auf Grund des geistigen Habitus und des nüchternen Kaufmannssinns des Volkes die internationale Zusammenarbeit bejaht, begrüßt und gefördert wird, bestanden hinsichtlich des Ausgangs der Berliner Konferenz natürlich gewisse, wenn auch reservierte Hoffnungen, denen nun praktisch der Boden entzogen ist. Man fragt sich nur, warum diese Konferenz überhaupt gehalten und weshalb sie gerade von westlicher Seite so stark gefördert und propagiert worden ist, denn es war doch im voraus klar, daß alle Parteien mit ihren festen, im National-



VEREINSBANK IN HAMBURG

AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15
20 BETRIEBE IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

interesse begründeten Ansichten nach Berlin kommen würden. Die vorberlinische Lage dürfte sich nach hiesiger Auffassung grundsätzlich kaum geändert haben, es wäre denn, daß die Parteien vor dem Auge der Welt ihre alten Stellungen noch fester bezogen haben.

Trotzdem scheint Berlin ein Positivum ergeben zu haben: Es ist den Russen anscheinend nicht gelungen, eine Uneinigkeit der Westmächte zu verschärfen. In diesem Zusammenhang soll inzwischen das spezielle, historisch begründete französisch-russische Verhältnis nicht aus dem Auge verloren werden. Gescheitert ist die Konferenz sicher nicht, denn sie konnte von vornherein keinen Erfolg erzielen. Heute aber versteht jeder Europäer, daß es zwischen Russen und EVG. keinen Kompromiß gibt.

Das niederländische Parlament hat als erstes den EVG.-Vertrag ratifiziert, obwohl er bestimmt keinen Herzenswunsch der Niederländer darstellt. Das Bild deutscher Truppen erscheint ihnen noch immer nicht als verlockend, aber sie wissen, daß ein militärischer Zusammenschluß der freien Völker und Deutschlands eine unumgängliche Notwendigkeit ist.

Ist die sowjetische Machtposition ein Faktum, der deutsche Wiederaufstieg ist ein anderes Faktum. Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Wirtschaftswunder hierzulande begrüßt wird. Die Niederländer können nun einmal nicht all ihre Eier und Zwiebeln selber essen. Aber man vergißt hier auch nicht, daß die deutsche Wirtschaftsuprematie in der Vergangenheit Reaktionen ausgelöst hat, die mit zu 1914 und 1939 geführt haben. Daraus läßt sich ebenfalls die — für die Niederländer nicht ganz unverständliche — Stellungnahme Frankreichs erklären. Wie nach 1870 und nach 1918 hegt Frankreich — die geschwächte Geliebte aller Kultureuropäer — Befürchtungen und Mißtrauen. Das deutsch-französische Verhältnis wird hier als gefährlicher denn je betrachtet; der Dritte liegt auf der Lauer. Würde es diesem Dritten gelingen, die alte Reibung zwischen einem aufgerüsteten Deutschland und einem schwachen Frankreich

zu einem erneuten Ausbruch kommen zu lassen, so wäre der Weltbrand wieder da, und die Früchte brauchten nur geerntet zu werden. In diesem Lichte wäre eine Ergänzung zur EVG. erforderlich, durch die zwar der militärische Zusammenschluß hergestellt, gleichzeitig aber das Verhältnis Deutschland-Frankreich grundlegend geändert und den französischen Befürchtungen jeder Grund genommen würde.

Das alles dürfte inzwischen reichlich utopisch sein, wenn sich die europäischen Wirtschaftsverhältnisse nicht dauernd günstig gestalten könnten. Diese Verhältnisse sind aber dem Einfluß des Ostens weitgehend ausgesetzt, wobei der Begriff „Dumping“ unwillkürlich wieder auftaucht, nun aber ein „Dumping“ seitens ganz Osteuropas und Asiens bedeutet. Die wirkliche internationale Bewegung zahlreicher Handelswaren gibt zu Befürchtungen in dieser Richtung genügend Anlaß. Und die politischen Konsequenzen sozialwirtschaftlicher Erschütterungen in Westeuropa dürften auf der Hand liegen. Die Frage, ob die Sowjetunion je einer

Wiedervereinigung zustimmen wird, liegt auch auf dieser Ebene. Ihre Bedingungen sind für die demokratische Welt zunächst unannehmbar. Für die Deutschen ist die Wiedervereinigung eine Sache des Herzens und des Verstandes, für das Ausland ist sie ein politisches und ein wirtschaftliches Problem, und sowohl gegen eine Stärkung wie auch gegen eine Schwächung der heutigen Bundesrepublik, die sich beide daraus ergeben könnten, liegen Bedenken vor. Beides wäre für manchen ausländischen Betrachter wenig verlockend.

Es stellt sich die Frage, wie die wirtschaftliche Vereinigung der beiden allmählich zu Fremdstaaten werdenden Teile des ehemaligen Reiches finanziert und investitionsmäßig bewältigt werden soll. Wird Deutschland dieses Problem allein lösen können, oder wird Rußland einer ausländischen (amerikanischen) Hilfeleistung zustimmen?

Das europäische Gesicht von heute ist kein neues, sondern das gealterte alte Gesicht, das rötliche Farben aus dem Kulturbeutel aufgelegt hat, sich aber nach einem anderen Teint umsieht. (e-)

FRANKREICH: Europapolitik ohne deutsche Einheit

Paris, 13. März

Unabhängig von den Meinungsverschiedenheiten, die auch nach der Berliner Konferenz unverändert die politische Meinung Frankreichs über die Europapolitik und die allgemeine außenpolitische Orientierung des Landes, in entgegengesetzte Lager aufspalten, herrscht weitgehende Übereinstimmung darüber, daß Verlauf und Ergebnislosigkeit des letzten Treffens der vier Außenminister die deutsche Einheit in weite Ferne rückten. Selbst die Europagegner überzeugten sich von der geringen sowjetischen Bereitschaft, auf die Ostzone zu verzichten. Es ist nicht mehr in der Presse zu lesen, die EVG. verhindere die deutsche Wiedervereinigung. Es herrscht sehr deutlich in Paris das Gefühl vor, daß selbst ein großzügiger Verzicht des Westens auf die Europa-Armee nicht ausreichte, um Molotow ein geeintes und demokratisches Deutschland abzurufen.

Es fehlt allerdings nicht an Stimmen, die versichern, auch der Westen habe es mit der deutschen Einheit nicht sehr ernst gemeint. In der Mehrzahl sehen jedoch die französischen Beobachter im Edenplan mit der unbedingten Priorität für freie Wahlen die westliche Mindestbedingung zur Verhinderung einer Sowjetisierung Gesamtdeutschlands. Selbstverständlich ist die französische öffentliche Meinung, von der internationalen Spannung abgesehen, nicht allzu betrübt über das neue Scheitern der deutschen Einheit. Rein gefühlsmäßig zieht man in Frankreich den jetzigen Zustand vor.

Paris ist sich nicht restlos klar darüber, ob Moskau tatsächlich verhandlungsbereit ist. Im Hinblick auf mögliche konkrete Ergebnisse wird diese Frage eher verneint, sonst hätte zum Beispiel der österreichische Staatsvertrag in Berlin abgeschlossen werden können. Auch für Indochina machte Molotow

Bidault keine greifbaren Angebote. Es ist wichtig zu wissen, daß die Unterhaltung im Laufe der nicht wenigen privaten Zusammenkünfte des sowjetischen und des französischen Außenministers nie über Banalitäten hinausging und es kein einziges Mal zu einem echten politischen Gespräch kam. Paris glaubt daher, Moskau lege in erster Linie Wert auf die Aufrechterhaltung des Kontaktes mit dem Westen, und zwar im Interesse einer psychologischen Entspannung der Lage und unter Aufrechterhaltung des status quo. Es benötige diese Entspannung nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen. Für einen Verzicht auf seine erworbenen Positionen bestünde vorläufig keine Veranlassung. Der Kreml habe Zeit, die weitere Entwicklung abzuwarten. Dem Westen dagegen wäre zumindest der Abschluß des österreichischen Staatsvertrages erwünscht gewesen. Dazu kommt die Regelung des indochinesischen Konflikts. An die Möglichkeit einer Einigung über Deutschland glaubte in Paris vor und während der Konferenz niemand. Für ebenso problematisch gilt eine Verständigung über Korea.

Über die aus der Ergebnislosigkeit der Berliner Konferenz zu ziehenden Folgerungen gehen in Frankreich die Ansichten auseinander. Es lassen sich zwei Tendenzen beobachten, wobei sich die zweite erst langsam herauskristallisiert und in den kommenden Monaten sicherlich an Bedeutung gewinnen sollte.

Die erste Richtung ist klar und deutlich. Sie fordert die Fortführung der französischen Europapolitik: baldige Ratifizierung der EVG., die Schaffung einer politischen Autorität, weitere Wirtschaftsintegration. Darüber hinaus bekennt sie sich zur atlantischen Solidarität und zur engen Zusammenarbeit mit den USA. Die zweite Richtung geht von der Feststellung aus, daß im jetzigen Klima der internationalen Entspannung die akute Kriegsgefahr verschwunden sei. Damit erübrigt sich nicht nur die deutsche Wiederaufrüstung, sondern auch die starke Anlehnung Frankreichs an die USA. Ihr Wunschtraum ist eine verhältnismäßig unabhängige

Politik der französischen Union, die innerlich gefestigt wieder als Großmacht in Erscheinung treten könnte, mit der Möglichkeit einer Gleichgewichtskontrolle zwischen der Sowjetunion und den USA. Man will sich selbstverständlich nicht an Moskau anlehnen, gleichzeitig aber die Bande gegenüber Amerika lockern. Diese Politik, die nichts anderes ist als eine moderne, leicht verbesserte Form des Neutralismus, findet die Zustimmung der antideutschen und anti-europäischen Linkskreise sowie der immer noch in den Gedankengängen des Imperiums lebenden französischen Nationalisten auf dem rechten politischen Flügel. Ihre treibende Kraft könnte sehr wohl

der ehemalige französische Minister Jules Moch werden. Er soll sich als der geeignete Mann für eine Annäherung Frankreichs an die Sowjetunion betrachten. Es ist klar, daß in diesem Fall mit dem Schicksal der EVG. auch das des Atlantikpakts besiegelt wäre. Vorläufig besteht für diese Neutralisten nicht die geringste Aussicht, sich wirkungsvoll durchzusetzen. Ihre Bestrebungen verdienen trotzdem größte Beachtung, besonders im Hinblick auf die Ratifizierungsdebatte über die Europa-Armee, die damit über ihre ursprüngliche, beschränkt europäische Bedeutung hinauswächst und zu einer weltpolitischen Entscheidung erster Ordnung wird. (fr.)

ÖSTERREICH: Besorgt, aber trotzdem gefaßt

Wien, 14. März

Das Echo der Berliner Konferenz war in Wien sicherlich anders als in den übrigen Hauptstädten des Westens (zu dem Wien gehört). Die alte Kaiserstadt hat es aufgegeben, ein Wort in der großen Politik der Mächte mitzureden. Berlin hat erneut bewiesen, daß man nur Objekt der Politik ist. So sind auch hier die Stimmen selten, die sich mit der Frage beschäftigen, wie denn eigentlich das Gespräch der Großmächte weitergehen soll. Aber nachdem von den Sowjets selbst zugegeben wurde, daß die noch offenstehenden Fragen des Staatsvertrages sich in

wenigen Punkten zusammenfassen ließen, und nachdem Österreich überdies einen äußersten Schritt unternahm und die sowjetischen Bedingungen en bloc annahm, wurde es neuerdings und endgültig klar, daß es nicht an Österreich und nicht am Westen liegt, wenn der Staatsvertrag noch immer nicht unterschrieben ist. Es mußte nicht nur bei den westlichen Staatsmännern, sondern auch in Wien provozierend wirken, daß Molotow die unbedingte Annahme des Staatsvertrages forderte, um erst später Verhandlungen darüber in Aussicht zu stellen, wann die sowjetischen Truppen abziehen sollen.



Die Hartnäckigkeit, mit der die Sowjets für ihr Verbleiben in Österreich eintreten, hätte hier eigentlich alarmierend wirken sollen, wenn man nicht in jahrelangem Warten auf den Vertrag mürbe und abgestumpft geworden wäre. Dachte man bisher daran, daß der Hauptgrund in den wirtschaftlichen Vorteilen liegt, die sich die Sowjets von ihrem Verbleiben in Österreich erhoffen, so gab es nach der Annahme aller wirtschaftlichen Forderungen durch Österreich keinen vernünftigen Grund mehr, warum die Sowjets nicht ein Wirtschaftsabkommen mit Österreich suchten, um die Räumung durchzuführen. Man hat ihnen goldene Brücken gebaut. Man wies darauf hin, daß Österreich außerstande sei, 150 Mill. Dollar — die Entschädigungssumme für die Freigabe des deutschen Eigentums — zu zahlen, aber man bot ihnen dafür Sachlieferungen aus diesen sogen. USA-Betrieben an. Molotow war auch so realistisch, darauf einzugehen. Das ist immerhin ein nicht unerheblicher Fortschritt, den man später vielleicht einmal ins Treffen führen kann. Die Räumung brachte er aber nicht. Davon freilich, daß Österreich zum ersten Mal als Verhandlungspartner zugelassen war, während früher die Großmächte nur unter sich verhandelten, haben sich zwar einige in Wien noch immer vorhandene Optimisten etwas versprochen — praktisch hatte das aber keine Wirkung. Man hatte auch in real denkenden Kreisen (zu denen allerdings Außenminister Figl offenbar nicht gehörte) darauf viel weniger Hoffnungen gesetzt als auf das Klima von Berlin. Kamen, so argumentierte man, die Großen Vier in der ehemaligen Reichshauptstadt zusammen, so sollte doch jeder Partner ein Interesse daran haben, mit irgend einem Erfolg und zwar nicht bloß taktisch-diplomatischer Art nach Hause zu gehen. Die Lösung des Österreichproblems, das längst keines mehr ist, wäre ein solcher Erfolg gewesen, dem zuliebe niemand etwas von seinem Prestige hätte opfern müssen.

Daß nicht einmal dieses bescheidene Ziel — bescheiden im Vergleich zur deutschen Frage — erreicht werden konnte, hätte in

Wien Bestürzung erwecken müssen, wenn man sich dort über den Staatsvertrag überhaupt noch Gedanken machen würde. (Allerdings herrscht echte Niedergeschlagenheit in dem durch die sowjetische Besatzung besonders schwer getroffenen Niederösterreich und in jenen Regierungskreisen, die ihr Prestige mit dem Staatsvertrag verknüpft sehen.) Wenn also, so muß man in Österreich folgern, die Sowjets die Besetzung in Österreich fortsetzen wollen, obwohl ihnen der Staatsvertrag ohnedies das Ölgebiet und Stützpunkte an der Donau belassen hätte, so müssen sie daran ein militärisches Interesse haben. Die Einkreisung Titos kann dabei nicht ausschlaggebend sein.

Viel Vertrauen hatte man in Österreich ohnedies nicht in eine echte Verhandlungsbereitschaft der Großmächte. Daß man nicht einmal über Österreich handelseins geworden ist, scheint nun auf absehbare Zeit jede Hoffnung auf weitere erfolgversprechende Verhandlungen auszuschließen. Das Festhalten der Sowjets an ihrer militärischen Stellung in Österreich scheint sogar zu beweisen, daß sie militärischen Erwägungen besonderes Augenmerk schenken. Dennoch glaubt man, auf wirtschaftlichem Gebiet eine Entspannung feststellen zu können. Was Österreich betrifft, so deutet jedenfalls nichts darauf hin, daß die Normalisierung im Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht, die sich im vorjährigen Sommer anbahnte, ein jähes Ende finden könnte. Bei weiteren Bemühungen dürfte es Bundeskanzler Raab zugute kommen, daß die österreichische Delegation in Berlin erklärt hat, man wolle nach Abschluß des Staatsvertrages keinen fremden Mächten Militärstützpunkte einräumen. Selbst Molotow mußte daraufhin anerkennen, daß nicht alle Staaten „für die Sache des Friedens so nützliche Erklärungen“ abgeben.

Aber auch ohne eine derartige formelle Erklärung wird sich trotz der Anwesenheit westlicher Besatzungsstreitkräfte und trotz der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen künftig der Kurs

Osterreichs deutlich von den übrigen westlichen Ländern distanzieren. Denn man zweifelt in Österreich nicht, daß nunmehr in Deutschland, mit oder ohne formelle Grundlage der EVG., die Wiederaufrüstung unvermeidlich geworden ist. Man erwartet davon nicht nur wirtschaftliche, konjunkturelle Vorteile für Deutschland, sondern auch eine Unterstreichung seiner führenden Stellung in Westeuropa. Obwohl man in Österreich aus den verschiedensten Gründen wenig Freude an einem eigenen Militär hat, so stellt man doch fast bekümmert Vergleiche mit dieser jüngsten Entwicklung in Deutschland an.

Selbst wenn ein Wunder geschähe und Österreich seinen Staatsvertrag erhalte, so würde es zwar die Besatzung los, aber unter Bedingungen, die weit ungünstiger sind als der Generalvertrag des besiegten Deutschland. Überhaupt hat Österreich in Berlin mit der prinzipiellen Annahme des Staatsvertrages eine schwere Hypothek auf sich genommen, so daß seine Revision nötig ist, noch bevor er in Kraft getreten ist. Man kann daher in Wien nur hoffen, daß in einer späteren Konferenz einmal Gelegenheit zu grundlegenden politischen Veränderungen sein wird, wobei man sich dann nicht begnügt, einfach den Staatsvertrag *faut de mieux* anzunehmen, sondern wo man sich die Mühe macht, ihn ordentlich zu überarbeiten.

Peinlich vermeidet man in Österreich den Anschein, an Sonderfriedens- bzw. Staatsverträgen mit dem Westen zu arbeiten. Tatsächlich ist daher die Stellung gegenüber den einzelnen Besatzungsmächten bereits sehr unterschiedlich. Ja, man hat gerade in Berlin erkennen müssen, daß zu dieser Revision auch eine realistischere Einstellung zur Bundesrepublik gehört. Denn wenn — wie es den Anschein hat — ein deutscher Friedensvertrag aussichtslos ist, dann gibt es im Westen Österreichs auch keine Lösung der Frage des deutschen Eigentums.

In dieser Hinsicht scheint der Berliner Aufenthalt für Außenminister Figl, der bekanntlich nach 1945 sehr harte Worte über Deutschland fand, an die man sich in Wien

nicht mehr gern erinnert, klärend gewirkt zu haben. Das hat natürlich überhaupt nichts mit dem angeblich drohenden Anschluß zu tun, von dem die Sowjets sprechen. Dieses Hindernis für den Vertrag ist ebenso an den Haaren herbeigezogen wie die Verbindung der Osterreichfrage mit Triest. Es muß aber gerade für Figl, der seit 1945 der Vorkämpfer der Unabhängigkeit und Selbständigkeit Osterreichs ist und von dem man nie das Wort Anschluß, sondern günstigstenfalls „Okkupation“ zur Kennzeichnung der Lage Osterreichs von 1938—1945 hörte, niederschmetternd gewesen sein zu hören, daß die Osterreichfrage und der Abzug der Besatzungstruppen mit dem deutschen Friedensvertrag gekoppelt seien. Wenn man also das Schreckgespenst des Anschlusses aus der Versenkung hervorholte, dann waren es die Sowjets selbst, die es taten. Osterreich hat jedenfalls allen Grund, sich über das „österreichische Wunder“ zu freuen — nämlich über die Erhaltung der Einheit des Landes trotz vierfacher Besetzung auf Grund der Potsdamer Konferenz. (ly)

Die Wiedervereinigung lauter fordern!

Es ist fast ein Monat seit dem negativen Ausgang der Berliner Konferenz verstrichen. Wir haben wohl in der Presse über dieses für uns betrübliche Ende berichtet, und es ist von den offiziellen Stellen mit Bedauern zur Kenntnis genommen worden. Aber genügt das? Ist irgendwo die Empörung gebührend zum Ausdruck gebracht worden, die doch jeder von uns über das Fortbestehen der schmachlichen Trennung unseres Volkes innerlich empfindet? Leider nicht! Und wir dürfen uns nicht wundern, wenn man im Ausland aus dieser Zurückhaltung mitunter falsche Schlüsse zieht.

Worin liegt der Grund für diese Zurückhaltung? Daß wir die Besiegten sind und daß der Entscheid über diese Frage letztlich nicht bei uns liegt, dürfte für die Forderung unseres Rechtes keine Rolle spielen. Daß wir mit zu lauten Forderungen die Gutwilligkeit der uns befreundeten Nationen überspannen, dürfte kaum anzunehmen sein, zumal wenn man an die Reaktion anderer Völker in ähnlichen Situationen denkt. Opportunismus wäre hier völlig fehl am Platze und würde auch im Ausland nicht verstanden werden. Ein Grund für diese schwer verständliche Zurückhaltung liegt vielleicht in unserer etwas zu rationalen Beurteilung der weltpolitischen Lage, aus der sich erst die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung ergeben. Weltpolitik geht aber durchaus nicht immer rationale Wege.

Die Schritte, die wir selbst in unseren beschränkten Möglichkeiten auf der weltpolitischen Bühne machen, müssen stets mit dem Ziel verbunden bleiben. Das heißt, daß wir bei allen internationalen Verhandlungen und Abmachungen, an denen wir mitwirken, immer wieder bewußt unser Ziel, nämlich die Wiedervereinigung Deutschlands, in den Vordergrund rücken und dieses Ziel zur Bedingung erheben. Je bestimmter wir das tun, um so mehr wird der Streit über die Wege von der Einmütigkeit unserer Forderung in den Hintergrund gedrängt werden.

Wir sind noch keine Chauvinisten oder schlechten Europäer, wenn wir die Forderung nach Wiedervereinigung an die erste Stelle setzen. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist die Voraussetzung für die Lösung der europäischen Probleme. Und die Großmächte sollten wissen, daß jedenfalls noch in der nächsten Zukunft weltpolitische Fragen auf der europäischen Bühne entschieden werden. Die Stabilität Europas ist der sicherste Garant für den Weltfrieden. Wir fordern die Wiedervereinigung, weil sie für uns eine Lebensfrage ist, sie ist aber auch in weltpolitischer Sicht eine Frage ersten Ranges. (sk)

Dr. Vladimir Pertot, Belgrad:

Die wirtschaftliche Zugehörigkeit Triests

Das Triest-Problem hat sich in der letzten Zeit zu einer rein politischen Frage entwickelt, es ist Gegenstand der großen Politik geworden. Dadurch drohen die ursprünglichen Probleme, seine wirtschaftlichen, ethnographischen und verkehrstechnischen Seiten vernachlässigt zu werden. Ihre Lösung scheint man immer mehr in einem Kompromiß zu suchen, der weniger den ursprünglichen Inhalt der Probleme berücksichtigt, dafür aber um so mehr versucht, das Prestige der beteiligten Regierungen möglichst wenig zu schädigen. Es kann somit leicht zu endgültigen Lösungen kommen, die großen, vor allem wirtschaftlichen Schaden anrichten könnten.

Die Grenzziehung der Zone A des Triester Freien Territoriums ist ursprünglich auf eine Weise durchgeführt worden, daß auf Grund der sonst auf ethnisch jugoslawischem Gebiet gelegenen italienischen Enklave in der Stadt Triest eine italienische Mehrheit erreicht wurde. Das gab Italien Gelegenheit, als es wegen der Uneinigkeit der Großmächte über die Ernennung des Gouverneurs zu keiner Bildung des Freistaates kam, das Triester Problem als eine rein ethnische Frage darzulegen und die Angliederung des „italienischen“ Triest an Italien zu verlangen. Diese geschickte Verlegung des Schwergewichts auf die ethnische Frage, das Aufhetzen des nationalen Chauvinis-

mus bis zu einem Punkt, an dem die Gewinnung Triests eine Prestigefrage der italienischen Regierung und zuletzt selbst der westlichen Großmächte wurde, war der einzige Weg, auf dem Italien versuchen konnte, die Berücksichtigung der übrigen Aspekte der Triest-Frage bei der endgültigen Lösung zu umgehen. Dabei ist die Triest-Frage in erster Linie ein ökonomisches Problem. Selbst die ethnische Vermengung kann nur durch die bisherige wirtschaftliche Entwicklung Triests erklärt werden. Auf diesem Gebiet beruht der italienische Standpunkt kurz gefaßt etwa auf folgender Deutung der bisherigen Entwicklung an der Nordadriatischen Küste: Von Osterreich-Ungarn künstlich zu einem Großhafen ausgebaut, habe Triest sein wirtschaftliches *raison d'être* seit 1918 mit dem Zerfall der Monarchie verloren; der internationale Warenverkehr der Nachfolgestaaten im allgemeinen und ihr seewärtiger Verkehr insbesondere habe sich nach 1918 dermaßen verringert, daß Triest strukturell auf Subventionen angewiesen sei; Italien sei der geeignetste Staat, sich um eine möglichst schmerzlose Zukunft Triests zu kümmern, einmal, weil es mit Triest einen regeren Warenverkehr habe als Jugoslawien, und zum anderen weil Italien ja in den zwanziger und dreißiger Jahren schon einmal bewiesen habe, daß es imstande sei, sich um Triest zu kümmern.